



## **Antrag auf Ermäßigung oder Übernahme des Kostenbeitrages für die Kindertagespflegebetreuung**

Gemäß § 31 Kindertagesförderungsgesetz i.V.m.

der Satzung des Kreises Stormarn für eine Sozialstaffel für die Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuungen

Name, Vorname Kind: \_\_\_\_\_  
 Geburtsdatum Kind: \_\_\_\_\_  
 Name der Tagespflegeperson: \_\_\_\_\_

### **Angabe Ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse**

Sind Sie Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt **oder** Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII **oder** beziehen Sie Geldleistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB II **oder** beziehen Sie einen Kinderzuschlag nach § 6a BKGG **oder** beziehen Sie Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz **oder** beziehen Sie Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz?

**Wenn ja, fügen Sie dem Antrag bitte den aktuellen Leistungsbescheid bei und fahren Sie mit Ziffer „VI. Weitere in der Haushaltsgemeinschaft lebende Personen“ fort.**

### **Angaben zur Ermittlung der Kostenbeteiligung**

<b><u>Monatliche Einkünfte (netto)</u></b>	<b>einzureichende Unterlagen</b>	<b>Kindesmutter Elternteil 1</b>	<b>Kindesvater Elternteil 2</b>	<b>Kind</b>
Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit	Kopie Verdienstbescheinigungen der letzten 6 Monate			
Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit	Steuerbescheid, Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung vom Steuerberater			
Urlaubs-, Weihnachtsgeld, sonstige Leistungen des Arbeitgebers	Nachweise beifügen, Kopie der jeweiligen Gehaltsabrechnung			
Lohnsteuerjahresausgleich	Nachweise beifügen, Kopie des Bescheides			
Rente(n), Versorgungsbezüge	Bewilligungsbescheid beifügen			
Krankengeld	Bescheid der Krankenkasse beifügen			
Kindergeld für, geb. am, Höhe € 1. 2. 3.				
Zinseinnahmen, Dividenden, Beteiligungen	Nachweise beifügen			
Einnahmen aus Vermietung oder/ und Verpachtung	Nachweise beifügen			



<b>Monatliche Einkünfte (netto)</b>	<b>einzureichende Unterlagen</b>	<b>Kindesmutter Elternteil 1</b>	<b>Kindesvater Elternteil 2</b>	<b>Kind</b>
Unterhalt, Unterhaltsvorschuss	Nachweise beifügen (gerichtlich oder außergerichtlich Einigung)			
Ausbildungsvergütung, BAföG, BAB, Rente, etc.	Bescheide beifügen			
Sonstige Einnahmen	Nachweise beifügen			

<b>Monatliche Belastungen</b>	<b>einzureichende Unterlagen</b>	<b>Kindesmutter Elternteil 1</b>	<b>Kindesvater Elternteil 2</b>	<b>Kind</b>
Miete - Kaltmiete - Betriebskosten	Kopie Mietvertrag			
Hauslasten - Schuldzinsen (keine Tilgung), - Gebäudeversicherung, - Schornsteinfegergebühren, - Müllabfuhr, Straßenreinigung, - Abwassergebühren, - Grundsteuer, etc.	Nachweise beifügen Kopie Bescheide und Nachweis über die Höhe der monatlichen Schuldzinsen			
Arbeitsmittel	Nachweise beifügen			
Fahrten zur Arbeitsstätte - <u>einfache</u> km-Entfernung - Monatskarte ÖPNV	Kopie Kosten ÖPNV			
Versicherungen	Kopie Beitragsbescheide (z.B.: Hausrat-, Haftpflicht-, Unfall-, Rentenversicherung)			
sonstiges	Unterhaltszahlungen, Schuldverpflichtungen (mit Grund für die Kreditaufnahme), Beiträge zu Berufsverbänden, etc.			

**Hinweis:** Der Nachweis von Ein- und Ausgaben in Form von Kontoauszugskopien ist nicht ausreichend.  
Meine/Unsere Angaben über Einkommen und Absetzungen vom Einkommen werden durch anliegende Belege nachgewiesen. Mir ist bekannt, dass nur Angaben anerkannt werden können, die belegt sind.

## **Weitere in der Haushaltsgemeinschaft lebende Personen**

(z.B. Lebensgefährte, Geschwister, Großeltern etc)

<b>Name, Vorname</b>	<b>Geburtsdatum</b>	<b>Verwandtschafts- verhältnis</b>	<b>mtl. Einkommen (netto)</b>



## Rechtsgrundlagen

Die Angaben in diesem Antrag werden auf Grundlage des Sozialgesetzbuches VIII (§§ 22 f., § 97 a SGB VIII) und des Ersten Buches Sozialgesetzbuch (§ 60 SGB I) erhoben. Die Angaben werden zur Prüfung der Leistungsvoraussetzungen benötigt.

Ich versichere/Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Auf meine/unsere Mitwirkungspflicht bei der Feststellung von Sozialleistungen (§§ 60 – 67 Sozialgesetzbuch – Allgemeiner Teil) wurde ich/wurden wir hingewiesen.

Es besteht die Verpflichtung, alle Tatsachen anzugeben, die für die Leistungsgewährung erforderlich sind. Veränderungen, insbesondere Wechsel des Wohnortes, der Betreuungszeiten und Veränderungen beim Einkommen werde ich/werden wir unverzüglich mitteilen.

Nicht fristgerecht vorgelegte Nachweise bedeuten eine fehlende Mitwirkung und führen zur Ablehnung ggf. einer Teilleistung. Bei Verweigerung der Mitwirkung kann der Antrag abgelehnt werden (§ 66 SGB I).

Unterlassene Mitteilungen, sowie falsche oder unvollständige Angaben führen zu einer Rückerstattung von zu Unrecht erhaltenen Leistungen.

---

Ort, Datum

Unterschrift der Eltern, des Elternteiles